

Keine „Verpökelung“ unserer Region

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dr. Lübcke,

im Vorfeld der geplanten Antragskonferenz am 19. Februar 2013 im Regierungspräsidium Kassel teilen wir Ihnen mit, dass wir SPD-Abgeordneten im Dreiländereck Hessen, Nordrhein - Westfalen und Niedersachsen eine Einleitung der Salzabwässer von K+S in die Oberweser nicht akzeptieren werden. Wir werden unsere Kräfte bündeln und diesen Planungen länderübergreifend Paroli bieten. **Gemeinsam mit den Menschen in der Region werden wir mit allen Mitteln gegen eine „Verpökelung“ unserer Region kämpfen.**

Nach unseren Informationen soll die Antragskonferenz dazu dienen das Raumordnungsverfahren "Einleitung in die Oberweser" vorzubereiten. Die hessischen Kommunen sollen dazu eingeladen werden. Da die Salzabwässer kurz vor den Landesgrenzen von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen in die Oberweser eingeleitet werden, gehen wir davon aus, dass auch die betroffenen Weser-Anrainer-Kommunen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen eingeladen werden.

Wir fragen Sie und die Hessische Landesregierung, warum Sie die Empfehlungen des "Runden Tisches "Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion", der die Nordsee-Pipeline dringend empfohlen hat, nicht ernst nehmen und keinen Konsens mit der Niedersächsischen Landesregierung gesucht haben. Diese Untätigkeit darf jetzt nicht auf dem Rücken der Menschen in der Oberweser-Region ausgetragen werden.

Wir fordern Sie auf:

- 1. Umgehend die Planungen für eine Einleitung der Salzabwässer in die Oberweser zu stoppen und den Empfehlung des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ zu folgen.**
- 2. Umgehend die Planungen für den Bau von Speicherbecken in den Landkreisen Kassel oder Göttingen einzustellen.**
- 3. Umgehend mit der neuen Niedersächsischen Landesregierung den Konsens für den Bau einer Salzwasser-Pipeline zur Nordsee herzustellen.**
- 4. Umgehend auf K+S einzuwirken um Techniken zur Reduzierung, Vermeidung und Verwertung von Reststoffen aus der Kaliproduktion zu forcieren.**
- 5. Umgehend auch die Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sowie länderübergreifend die Anrainer-Kommunen an allen Planungen transparent und fair zu beteiligen.**

Wir erkennen K+S als wichtigen Arbeitgeber an, gleichwohl muss er aber auch ökologische Verantwortung tragen. Arbeitsplätze und Wertschöpfung einerseits und Eingriffe in Natur und Landschaft andererseits dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Nur mit einer nachhaltigen und umweltschonenden Entsorgung der Salzabwässer werden auch die Arbeitsplätze an den Betriebsstätten von K+S gesichert.

Mit freundlichen Grüßen aus

NRW, Niedersachsen und Hessen

Dirk Becker, MdB

Klaus Brandner, MdB

Christian Dahm, MdL

Georg Fortmeier, MdL

Angela Lück, MdL

Dennis Melzer, MdL

Ute Schäfer, MdL,

Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

Gabriele Lösekrug-Möller, MdB

Ulrike Gottschalck, MdB

Hofmeyer, Brigitte, MdL

Stefan Schwartze, MdB

Jürgen Berghahn, MdL

Hans Feuß, MdL

Inge Howe, MdL

Regina Kopp-Herr, MdL

Ernst-Wilhelm Rahe, MdL

Ulrich Watermann, MdL

Ullrich Meßmer, MdB

Timon Gremmels, MdL